

Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung

Abgeordneter Christopher Emden (AfD)

Bürgeranfragen zum Thema Rundfunkgebühren und Rundfunkstaatsvertrag

Anfrage des Abgeordneten Christopher Emden (AfD) an die Landesregierung, eingegangen am 19.02.2018

Der gebührenfinanzierte öffentlich-rechtliche Rundfunk sieht sich seitens vieler Bürger und Bürgernetzwerke anhaltender Kritik ausgesetzt. In entsprechenden Bürgerforen liest man regelmäßig davon, dass sich Bürger auch an die politisch Verantwortlichen ihrer jeweiligen Landesregierungen wenden, Kritik artikulieren und zu politischen Handlungen - beispielsweise der Kündigung des Rundfunkstaatsvertrags - auffordern.

1. Wie viele Bürger Niedersachsens haben sich in der zurückliegenden Legislaturperiode mit kritischen Fragen oder Anliegen zum Thema gebührenfinanzierter öffentlich-rechtlicher Rundfunk an die Landesregierung oder niedersächsische Ministerien gewandt?
2. Welches Inhalts waren die Anfragen oder Anliegen der Bürger?
3. Gab es in der zurückliegenden Legislaturperiode Gespräche zwischen Vertretern der Landesregierung und Bürgern bzw. Bürgernetzwerken, die sich in Angelegenheiten des Themas Rundfunkbeitrag oder Rundfunkstaatsvertrag an die Landesregierung gewendet haben?
4. Welche Ansprechstelle empfiehlt die Landesregierung Bürgern bzw. Bürgernetzwerken, die sich mit Anmerkungen und Anregungen zu medienpolitischen Fragen rund um die Themen Rundfunkbeiträge und Rundfunkstaatsvertrag an ihre Landesregierung wenden wollen?
5. Besteht seitens der Landesregierung die Bereitschaft, mit Bürgern oder Bürgernetzwerken in einen öffentlichen und ergebnisoffenen Dialog über die Zukunft der Rundfunkbeiträge einzutreten?

(Verteilt am 23.02.2018)